

Maike Gosch diskutiert in diesem [Artikel](#) das Zustandekommen des „Wehrdienstmodernisierungsgesetzes“. Dagegen hätten am 5. Dezember 2025 über 55.000 Schüler in mehr als 90 Städten gestreikt. Noch am selben Tag habe der Bundestag Boris Pistorius' Gesetz über ein neues Wehrdienstmodell verabschiedet. Am 19. Dezember 2025 habe der Bundesrat ebenfalls zugestimmt. Hinterfragt wird, ob die Demonstrationen und der Streik der Schüler nichts gebracht und warum die Grünen diese Bundesrat-Entscheidung nicht verhindert haben, obwohl das möglich gewesen wäre. Abschließend wird u.a. festgestellt: „Während die Generation der Entscheider uns einredet, das alles sei alternativlos, lernen die Jüngeren gerade, dass sie im Zweifel allein sind“. Wie Kevin im Film „Kevin allein zu Haus“ werde gerade die Jugend in diesem Land viel zu sehr allein gelassen. Wir danken für die interessanten E-Mails, die wir dazu erhalten haben. Hier folgt nun eine Leserbrief-Auswahl, die **Christian Reimann** für Sie zusammengestellt hat.

1. Leserbrief

Sehr geehrte Frau Gosch und NDS-Team,

wie Grüne Befürworter von Kriegstüchtigkeit werden können, bleibt ein Rätsel. Krieg und dessen Vorbereitung, Produktion und Benutzung von Waffen und Munition sind stark umweltbelastend und nicht klimaneutral.

Da müsste man recherchieren aus wie vielen Grünen politischen Familien sich Freiwillige für den Dienst an der Waffe melden.

Irgendwie verwechseln die Grünen Kampf für eine bessere Umwelt mit Kampf gegen Menschen.

Es zeigt sich, dass Parteinamen nichts mit Partei-Inhalt zu tun haben.

Wenn Grüne keine Grünen mehr sind, Sozialisten keine sind und Christliche, die christliche Botschaft vergessen haben.

Da wunderts nicht, wenn da eine Partei den orientierungslosen Wähler umwirbt durch die Benutzung von Alternative.

Der Fall Jacques Baud zeigt wie Politik mit Kritik und Widerstand umgeht.

Mit freundlichem Gruß
Patrick Janssens

2. Leserbrief

Jeder hat eine Wahl.

In den Krieg ziehen?

Herr Bundeskanzler,
“Ich will das nicht,
Ich bin nicht auf der Welt,
Um meine Mitmenschen zu töten.” – Boris Vian

Hier auf Deutsch von Hannes Vader:

https://www.youtube.com/watch?v=qsC5GTajd4g&list=RDqsC5GTajd4g&start_radio=1

Hier das Original:

<https://www.youtube.com/watch?v=gjndTXyk3mw>

Und der Text, übersetzt von Reinhard Mey:

<https://www.reinhard-mey.de/blog/le-deserteur/>

Man muss das nicht, keiner muss das! Und wenn man die bevorstehende Weihnachtszeit ernst nimmt, erst recht nicht.

Frohe Feiertage,

Rolf Henze

3. Leserbrief

Hallo Frau Gosch

Netter Versuch, die Kids hinter dem Ofen hervorzuholen; doch viel zu kurz gegriffen. Aus Ihrem Artikel wird die Ernsthaftigkeit der Lage für Jugendliche und junge Erwachsene nicht

annähernd ersichtlich.

Voran: Es fehlt die Gegenposition zu der Prämisse, Verteidigung gegen Gewalt von außen könne nur mit militärischer Gewalt beantwortet werden. Es fehlt die Klarstellung, daß bis heute das Entgegentreten auf äußere Aggression durch soziale Verteidigung häufiger von Erfolg gekrönt war als durch militärische. Und es fehlt der Hinweis darauf, daß jedem Wehrpflichtigen auch ein grundgesetzlich verankertes Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit der Waffe zusteht.

Art. 4 Abs. 3 GG sagt nämlich:

„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.“
Diese Information sollte bei den NDS jeden Tag ganz oben im Banner stehen.

Ihrer Analyse der Position der Grünen zu diesem Thema gebe ich allerdings recht. Schämen muss man sich heute zuzugeben, dass man noch 1998 sein Kreuzchen unter dem Vorzeichen einer pazifistisch anmutenden Partei gemacht hat. Fischer hat uns dann gezeigt, daß man der Basis ohne großen Widerspruch vors Schienbein treten kann. Ich kenne heute keinen mehr aus der grünen Bewegung von 1985-1998, der dort noch sein Kreuzchen macht. Alle, die jetzt immer noch Grün wählen, erkennen, daß ihr Ausgehangen bald olivgrün sein wird.

Als Beistand für Ratsuchende bei der Kriegsdienstverweigerung lese ich jeden Tag die Beweggründe derer, die sich der Gewissenserforschung aussetzen. Das ist echte Arbeit, dies auch so aufs Papier zu bringen, so daß ein Gremium des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) einen wehrfähig Gemusterten auch als staatlich geprüften Kriegsdienstverweigerer anerkennt. Denn dieses Grundrecht ist das einzige, das einem pazifistisch eingestellten Menschen durch Dritte zugestanden werden muss.

Andererseits muss man die jungen Menschen auch ein wenig kritisieren. Das Thema Wehrpflicht – denn ja, es wird sie geben – haben sie schlicht und ergreifend verschlafen. Am 5. Dezember, dem Tag der Verabschiedung des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes, auf die Straße zu gehen, war schlachtweg viel zu spät. Mein persönliches Handeln, schon rund zwei Monate vorher an die Abgeordneten des Verteidigungsausschusses zu schreiben, war aber genauso zwecklos, da eine öffentliche Diskussion zum Thema politisch überhaupt nicht gewollt war. Die Antworten (4 von 39), zwei davon erst nach Verabschiedung des Gesetzes, waren die Zeit nicht wert, geschrieben worden zu sein. Außer allgemeinem Gelaber das tagtäglich durch die Propagandamedien geht, kam nichts Substanzielles zurück. Es wurde in den Schreiben deutlich, daß die Parlamentarier nicht die Vertreter ihrer Wähler sind, sondern Stimmvieh der Regierung oder auch nur Informationen haben, die aus den Mainstreammedien zu entnehmen sind. Anders kann ich die Antworten nicht interpretieren.

Schlimmer noch: Am Tag des Schulstreiks gegen das Wehrdienstmodernisierungsgesetz war ich in der Provinz an verschiedenen Schulen und habe nachgefragt. Die Bundeswehr betreibt aktive Werbung mit schönrednerischen Argumenten. Zu keinem Zeitpunkt werden tatsächliche Dienstbedingungen besprochen. Und Aufklärung über das Recht der Kriegsdienstverweigerung findet nicht statt, als hätte der Lehrplan nicht die Pflicht, alle Seiten der zivilen und gesellschaftlichen Rechte darzulegen. Waren es 2021 noch 201 Antragsteller auf Kriegsdienstverweigerung, so stiegen die Zahlen schrittweise auf 922 (2022), 1.079 (2023), 2.249 (2024) und bis Ende Oktober 2025 auf 3.034 (Quelle: BAFzA). Mit der Versendung der Fragebögen zur Wehrbereitschaft, beginnend 2026 mit dem Jahrgang 2008, rechnen wir Beistände für Kriegsdienstverweigerer mit über 40.000 Anträgen pro Jahr. Die Zivilgesellschaft hat darauf reagiert. Der Verein Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK) hat sich darauf eingestellt und wird bundesweit durch Schulungen von Beiständen sein Angebot an Beistandssuchende von ca. 50 auf über 250 Ratgeber bis Mitte 2026 ausbauen. Andere Organisationen wie die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) oder Gewerkschaften tun Gleichtes.

Den jungen Menschen sollte bewusst werden, daß die angestrebten Zahlen an Wehrdienstleistenden trotz attraktiver Lockangebote wohl nur mit großer Überredungskunst erreicht werden. Der Staat, der die Jahrgänge ab 2008 vermehrt für den Kriegsdienst heranziehen will, hat diese Jugend in den vergangenen 20 Jahren vernachlässigt, besonders aber während der Zeit, in der sich ein politisch großgeredeter Virus durch die Lande zog. Schon 2018 waren über 25.000 Todesopfer einer Grippewelle (Quelle: RKI) zu beklagen, und kein Hahn hat danach gekräht. Im Nachhinein sollte den jungen Menschen klar werden: Ihre Jugend, ihre schulische Bildung, ihre sozialen Kompetenzen wurden genau von der politischen Klasse in den Abort gekippt, die jetzt von ihnen verlangt, den Kopf für eine bewusst vernachlässigte Friedenspolitik hinzuhalten (Quelle: Merkel-Interview „Die Zeit“, ff.).

Bleibt zu hoffen, dass die zu spät Geborenen aufbegehren, sich auf die Straße begeben und kundtun: NICHT MIT UNS! Es erfordert Courage, sich dem Lockangebot der Bundeswehr zu entziehen, zumal in einer Zeit, in der die Kriegsrhetorik wieder in aller Munde ist wie das Gesülze eines Liebeslüsternen an die Damen eines gelangweilten Kaffeekränzchens. Es werden zu viele darauf hereinfallen. Sie sollten sich vorher des Preises bewusst werden. Die Wahl wird wohl nicht nur durch die Unterschrift unter einen Verpflichtungsvertrag getroffen. Bald stehen wieder Wahlen an, und wer weiß, wie schnell nicht nur auf Landesebene. Sein Kreuz bei der einzigen Friedenspartei zu machen, ist das einzige Bündnis für die Jugend für sozialen und wirtschaftlichen Fortbestand mit Vernunft. Mögen

am 5. März 2026 nicht nur 55.000 junge Menschen auf die Straße gehen, sondern 550.000, begleitet von denen, die vielleicht sonst nur noch um ihre Kinder werden weinen können.

Mit friedliebendem Gruß
Daniel Krabatsch